

Nr. 17/753

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Auswirkungen des demografischen Wandels im Land Bremen auf die Kultur
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. April 2009
(Drucksache 17/764)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 21. Juli 2009
(Drucksache 17/864)
2. Versorgung der öffentlichen Schulen im Lande Bremen mit Lehrern
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. Juni 2009
(Drucksache 17/818)
3. Gesetz über die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Jehovas Zeugen in Deutschland
Mitteilung des Senats vom 9. Juni 2009
(Drucksache 17/819)
1. Lesung
4. Atomtransporte durch das Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE.
vom 7. Juli 2009
(Drucksache 17/857)
5. Stand des Ausbaus der Tagesbetreuung für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 4. August 2009
(Drucksache 17/872)
6. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen (AdR) für die 5. Mandatsperiode
7. Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Gesetz über die Änderung des Verfahrens hinsichtlich der Anerkennung von Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Weltanschauungsgemeinschaften als Körperschaft des öffentlichen Rechts
Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. August 2009
(Drucksache 17/892)
1. Lesung

Nr. 17/754

Fragestunde

1. Alkohol- und Drogenmissbrauch junger Menschen
Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Horst Frehe, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Juni 2009
2. Kinder- und Jugendhilfe nach der Geburt
Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Horst Frehe, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Juni 2009
3. Einrichtung von Girokonten für Menschen mit Ersatzpapieren (Neufassung)
Anfrage der Abgeordneten Dr. Zahra Mohammadzadeh, Horst Frehe, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Grünen vom 25. Juni 2009
4. Schließung der Familienkasse Bremerhaven durch die Bundesagentur für Arbeit
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 1. Juli 2009
5. Folgen der Honorarreform für die Ärzte im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Winfried Brumma, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 10. August 2009
6. Gleichgeschlechtliche Ehen
Anfrage der Abgeordneten Björn Tschöpe, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 10. August 2009
7. Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der Polizei
Anfrage der Abgeordneten Monique Troedel, Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE. vom 11. August 2009
8. Billig-Dienstleister im Senatsauftrag
Anfrage der Abgeordneten Monique Troedel, Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE. vom 11. August 2009

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Vorsorgeuntersuchungen
Anfrage der Abgeordneten Winfried Brumma, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 11. August 2009
10. Abruf der Mittel des Konjunkturpakets II im Vergleich mit anderen Bundesländern
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wolfgang Schrörs, Jörg Kastendiek, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. August 2009
11. Hafenanbindung Bremerhaven (Neufassung)
Anfrage der Abgeordneten Paul Bödeker, Silke Allers, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. August 2009
12. Studienberatung an Hochschulen im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Iris Spieß, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. August 2009

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremerischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 17/755

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 17/756

Regulierung der Finanzmärkte

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. März 2009
(Drucksache 17/739)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. Juni 2009

(Drucksache 17/821)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/757

Maßnahmen zur Stabilisierung und Regulierung der Finanzmärkte

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Juni 2009
(Drucksache 17/844)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 17. Juni 2009

(Drucksache 17/846)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich bei den anstehenden Beratungen von Gesetzesentwürfen im Bundesrat und auch auf allen weiteren Ebenen für nachfolgende Positionen einzusetzen:

Reform der Finanzmarktaufsicht

Für eine wirkungsvollere Finanzmarktaufsicht in Deutschland sind eine verbesserte Ausstattung der Aufsichtsbehörde, eine engere Zusammenarbeit mit der Bundesbank und eine Stärkung ihrer Eingriffsrechte erforderlich.

Eine Begrenzung des Insolvenzrisikos bei Finanzinstituten ist über eine höhere Liquiditäts- und Eigenkapitalvorsorge bei Finanzinstituten durch den Ausbau der bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsvorschriften sowie durch eine Verstärkung der Eigenkapitalanforderungen erzielbar. Strengere Bilanzierungspflichten sind notwendig, Finanzgeschäfte dürfen künftig nicht in sogenannten Zweckgesellschaften ausgewiesen werden. Ein prozentualer Selbstbehalt der Finanzinstitute bei der Verbriefung von Wertpapieren soll für zusätzliche Stabilität sorgen. Ein Verbot von sogenannten Leerverkäufen soll spekulative Umsätze begrenzen. Ratingagenturen müssen überwacht und zu Transparenz verpflichtet werden. In allen Fragen sind europäische Regelungen notwendig, die mittelfristig durch eine gemeinsame europäische Finanzaufsicht überwacht werden müssen.

Verbraucherrechte stärken

Finanzprodukte müssen unabhängig auf Transparenz und Risikodarstellung geprüft und zugelassen werden („Finanz-TÜV“). Zur besseren Beratung der Verbraucher und Verbraucherinnen ist eine klare, wahre und verständliche Risikoauszeichnung von Finanzprodukten, die transparente Offenlegung aller Produktkosten und Vermittlungsprovision erforderlich, unterstützt z. B. durch „Finanzmarktwächter“ der Verbraucherverbände; die Schadensersatzansprüche wegen Falschberatung sind auszuweiten.

Gerechte Lastenverteilung

Zur gerechten Verteilung der finanziellen Lasten aus der Finanz- und Wirtschaftskrise und um spekulative Exzesse auf den Finanzmärkten einzudämmen, ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer erforderlich. Eine solche Steuer sollte EU-weit eingeführt werden.

Gegenleistungen für staatliche Hilfen

Ist es aus volkswirtschaftlichen Gründen unumgänglich, dass sich der Staat an einem gefährdeten systemwichtigen Finanzinstitut beteiligt, dann ist sicherzustellen, dass die damit verbundenen Gegenleistungen (u. a. Einfluss auf die Geschäftspolitik, ausreichende Kontrollmöglichkeiten, Verzicht auf Gewinnausschüttungen, Verzinsung der Einlagen) erfüllt werden.

Bei dem geplanten Bad-Bank-Konzept soll das Ziel verfolgt werden, die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen nicht zusätzlich zu belasten, sondern eventuelle Verluste sind von den Banken und Aktionären zu tragen.

Steueroasen austrocknen

Steueroasen müssen in internationaler und nationaler Anstrengung ausgetrocknet werden. Durch internationale und nationale Initiativen muss der politische Druck auf Länder erhöht werden, die beim Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht nicht kooperieren und sich dabei nicht an die internationalen OECD-Standards halten.

Risiko und Haftung müssen enger miteinander verknüpft werden

Die Anreiz- und Vergütungssysteme von Unternehmen sind so zu verändern, dass ein langfristig planendes und nachhaltiges Verhalten belohnt wird. Leistungsabhängige Einkommensbestandteile müssen an den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg und die Sicherung der Arbeitsplätze eines Unternehmens gekoppelt werden. Kurzfristig orientierte Instrumente sind einzuschränken oder zu verbieten. Hierzu gehört auch, dass Manager und Managerinnen stärker für getroffene Fehlentscheidungen persönlich haftbar gemacht werden können.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, dass die Bremer Landesbank als regionale Geschäftsbank im Nordwesten erhalten bleibt.

Nr. 17/758

Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft

hier: Regelung zur Abgabe von Erklärungen durch den Senat

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 24. April 2009
(Drucksache 17/766)

Der Leerparagraf 22 der Geschäftsordnung erhält folgende Fassung:

§ 22

Erklärungen des Senats

- (1) Der Senat kann aus besonderen Anlässen jederzeit verlangen, dass seiner Vertreterin oder seinem Vertreter außerhalb der Tagesordnung das Wort zu einer Erklärung erteilt wird.
- (2) Die Absicht einer Erklärung ist dem Präsidenten der Bürgerschaft bis drei Arbeitstage, 9 Uhr, vor der Sitzung mitzuteilen.
- (3) Hinsichtlich der näheren Einzelheiten der Beratung betreffend zeitliche Lage und Redezzeiten führt der Präsident der Bürgerschaft eine interfraktionelle Verständigung herbei.
- (4) Anträge zur Sache können nicht gestellt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 17/759

Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch für das Land Bremen

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2009
(Drucksache 17/849)

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/760

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsetzungsbefugnisse der Gemeinden

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2009
(Drucksache 17/850)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 17/761

Bericht über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechtes für das Jahr 2008 (Beleihungsbericht 2008)

Mitteilung des Senats vom 14. Juli 2009
(Drucksache 17/862)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/762

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 24 vom 10. August 2009

(Drucksache 17/873)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/763

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 25 vom 18. August 2009

(Drucksache 17/887)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/764

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen zu einer grenzüberschreitenden Raumordnung und Landesentwicklung

Mitteilung des Senats vom 11. August 2009
(Drucksache 17/878)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 17/765

Lebenssituation von Lesben und Schwulen in Bremen verbessern

Mitteilung des Senats vom 11. August 2009
(Drucksache 17/879)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/766

„Sexuelle Identität“ in den Katalog der Diskriminierungsverbote des Grundgesetzes aufnehmen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. August 2009
(Drucksache 17/895)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel, das Diskriminierungsverbot in Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz um das Merkmal sexuelle Identität zu ergänzen und die erforderlichen Gesetzesänderungsanträge einzubringen bzw. die Initiativen anderer Länder zu unterstützen sowie der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 1. April 2010 über die ergriffene Initiative zu berichten.

Nr. 17/767

Beschäftigungssituation an Bremer und Bremerhavener Schulen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE.
vom 12. Mai 2009
(Drucksache 17/776)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 4. August 2009

(Drucksache 17/869)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/768

Poteniale der Erdwärme für Bremen nutzen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 12. Mai 2009
(Drucksache 17/777)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. Juli 2009

(Drucksache 17/858)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/769

Lohnfortzahlung im Urlaubs- und Krankheitsfall für Tagesmütter verbessern!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Juni 2009
(Drucksache 17/830)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration.

Nr. 17/770

Mehrwertsteuer senken!

Antrag des Abgeordneten Siegried Tittmann
vom 14. Juli 2009
(Drucksache 17/861)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

